MICHAEL BRÖNING:
The Politics of Change in Palestine – State Building and Non-Violent Resistance

New York 2011

Pluto Press, 264 Seiten

Michael Bröning hat mit seinem Buch eine kenntnisreiche, gut geschriebene und gleichzeitig beeindruckend präzise Analyse der palästinensischen politischen Landschaft vorgelegt. Hier schreibt jemand, der kulturell fest im Sattel sitzt, Arabisch und Hebräisch spricht, qua Amt über hervorragende politische Zugänge verfügt und deshalb über die wichtigsten Veränderungen im politischen Palästina hervorragend informiert ist.

Wer sich vor dem Öffnen des Inhaltsverzeichnisses kurz überlegt, welches die relevanten »player« im palästinensischen Gebiet sind, wird möglicherweise überrascht: Es gibt ein Kapitel über die Hamas, eins über Fatah, ein weiteres über die Palästinensische Autonomiebehörde und eines über gewaltfreien Widerstand. Man sucht vergeblich ein Kapitel über die Palestine Liberation Organization (PLO/Palästinensische Befreiungsorganisation), die immerhin diejenige Institution ist, die palästinensische Interessen nach außen hin vertritt und auch die offiziellen Ansprechpartner Israels in allen bilateralen Verhandlungen benennt. Es findet sich ebenfalls kein Kapitel über Israel, das nach wie vor als Besatzungsmacht absolute Kontrolle über 62 Prozent des Westjordanlandes hat (C-Gebiete) und dessen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Einfluss für jeden Bewohner des besetzten palästinensischen Gebiets täglich zu spüren ist. In der Rückbesinnung auf den Buchtitel erscheint das Fehlen dieser Kapitel dann aber doch gerechtfertigt: Es geht um »politics of change« – und davon ist die PLO tatsächlich weitgehend unberührt geblieben. Auch die israelische Politik lässt echten Wandel vermissen. Während die Palästinensische Autonomiebehörde seit 2009 eine internationale Forderung nach der anderen erfüllt, wachsen die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen (entgegen den internationalen Forderungen) im Westjordanland weiter und lassen eine Zwei-Staaten-Lösung immer unwahrscheinlicher erscheinen.

Das Buch bietet eine Analyse der Hamas, was schon an sich Neugier weckt: Fundierte Informationen über die inneren Vorgänge der Hamas sind ein seltenes Gut. Auch Wikileaks hatte in dieser Hinsicht nichts zu bieten, weil sich amerikanische und europäische Diplomaten nicht mit Hamas-Leuten treffen dürfen.

In Michael Brönings Hamas-Kapitel wird nichts verharmlost. Die Hamas-Charta wird breit rezipiert – ganze Abschnitte werden zitiert und kommentiert; ihr weltfremder, antisemitischer und in Auszügen verschwörungstheoretischer Charakter wird deutlich dargestellt. Daran anschließend wird allerdings die Entwicklung nachgezeichnet, die dazu geführt hat, dass diese Charta heute keine Rolle mehr für die Bewegung spielt und von ihr nicht mehr zitiert wird. Politische Aussagen klingen heute anders: Da wird von den Spitzen der Hamas ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 gefordert, was (ohne es auszusprechen) de facto die Anerkennung Israels bedeutet. Im Regierungsprogramm der Hamas von 2006 steht nichts mehr über bewaffneten Widerstand, auch die früher in keiner Verlautbarung fehlende anti-israelische Agitation findet sich nicht. Hamas hat sich gewandelt. Nicht die Taliban, sondern die türkische AKP ist das Vorbild.

Michael Bröning stellt diese und andere Veränderungen anhand von Reden, Wahlprogrammen, Führungsentscheidungen und Interviews mit Hamasleuten dar und vergleicht die Relevanz der Hamas-Charta mit dem bis 2009 gültigen Fatah-Programm, in dem ebenfalls haarsträubende Dinge standen, was die internationale Gemeinschaft und Israel allerdings nicht von Verhandlungen mit Fatah-Funktionären abgehalten hat. Eine ähnliche Offenheit hat es allerdings bislang gegenüber der Hamas nicht gegeben, mit zum Teil desaströsen Auswirkungen. So führte der Wahlsieg der Hamas 2006, trotz international als frei und fair anerkannter Wahlen, zu einem internationalen Boykott der Hamasregierung und der anschließend gebildeten Regierung der Nationalen Einheit. Die Folgen für das Ansehen der vom Westen gepriesenen Demokratie waren verheerend. Die Erfahrungen von damals blockieren zurzeit die Möglichkeit für Neuwahlen in Palästina, weil nur die Aussicht auf eine auch im Westen anerkannte Einheitsregierung die politische Wiedervereinigung des Westjordanlandes mit dem Gazastreifen ermöglichen würde. Solange aber klar ist, dass eine solche Regierung erneut international boykottiert werden wird, stehen die Chancen für Wahlen, für nationale Einheit und damit auch für jegliche Möglichkeit auf einen erfolgreichen politischen Prozess zwischen Israelis und Palästinensern schlecht.

Die von Michael Bröning vorgelegte Hamas-Analyse liefert hervorragende Argumente dafür, das Gespräch mit der Hamas im Sinne einer echten Lösung des Konflikts aufzunehmen oder wenigstens dafür zu werben, den auch von Deutschland bislang unterstützten Boykott einer eventuellen Hamas-Regierungsbeteiligung zu beenden und das obsolete Prädikat »radikalislamisch« im Zusammenhang mit der Hamas abzulegen. Die Taliban, Al-Qaida und der palästinensische Dschihad verdienen es, die Hamas als Gesamtbewegung nicht.

Dass die Fatah-Bewegung des Präsidenten Mahmud Abbas im vorliegenden Buch erst an zweiter Stelle nach der Hamas behandelt wird, entspricht zwar nicht dem Selbstverständnis der meisten Fatah-Veteranen, wohl aber dem Ergebnis der letzten palästinensischen Parlamentswahlen und wohl auch dem Grad der Veränderung, die beide Bewegungen in der letzten Dekade vollzogen haben. Fatah hat schwer damit zu kämpfen, dass sich seit Beginn des von ihr unterstützten Oslo-Prozesses die Lage für die meisten Palästinenser verschlechtert hat. Das gilt sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche Situation als auch in Bezug auf die Bewegungsfreiheit und die als Bedrohung wahrgenommene Expansion der israelischen Siedlungen im Westjordanland. Fatah hatte bis vor Kurzem noch zwei zentrale Probleme: eine völlig überalterte und nicht repräsentative Führungsstruktur und ein völlig unzureichendes, im Wesentlichen auf die Forderung nach einem palästinensischen Staat reduziertes politisches Programm. Viele Kenner und Kennerinnen der Lage sind in Bezug auf die Zukunft der Fatah sehr skeptisch. Michael Bröning überrascht mit verhaltenem Optimismus und hat dafür gute Gründe. Er beschreibt den 2009 nach 20 Jahren überfälligen Parteitag der Fatah-Bewegung als Teil eines wichtigen Erneuerungsprozesses, in dem die Führung der Bewegung neu gewählt, verjüngt und geerdet wurde. Die vormals in den Gremien der Fatah sehr mächtigen Betonköpfe des Exils wurden marginalisiert, der Frauenanteil im Revolutionsrat – dem Parlament der Bewegung – wuchs. Das alles sind positive Zeichen, allerdings wird im Bereich der programmatischen Erneuerung nach wie großer Handlungsbedarf diagnostiziert. Zwei Fragen bleiben meines Erachtens etwas unterbeleuchtet: Die Rolle und Zukunft der Fatah im Gazastreifen und – damit zusammenhängend – eine Einschätzung des neu ins Zentralkomitee gewählten Mohammad Dahlan, dem viele Palästinenser (auch innerhalb der Fatah) vorwerfen, die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen durch seine Machenschaften als regionaler Sicherheitschef provoziert zu haben und dem Ambitionen auf die Abbas-Nachfolge nachgesagt werden.

Ein Highlight des Buches ist das Kapitel über den von Premierminister Salam Fayyad entworfenen State-Building-Plan der Palästinensischen Autonomiebehörde. Mit dem vom Ex-Weltbänker Fayyad ausgearbeiteten Regierungsprogramm ging innerhalb sehr kurzer Zeit ein revolutionärer Politikwechsel einher, der sich zwar unter großem Interesse diplomatischer Kreise, aber weitgehend abseits der öffentlichen Berichterstattung vollzogen hat. Das jahrelang ständig wiederholte Mantra, demzufolge es einen Staatsaufbau erst nach der Befreiung von der Besatzung geben könne, wurde einfach umgedreht: Statebuilding als Voraussetzung zur Staatlichkeit. Die Schwierigkeiten, aber vor allem die erstaunlichen Erfolge, die Fayyad bislang zu verzeichnen hat, sind sehr gut nachgezeichnet und bieten eine erfreulich positive Abwechslung zu den sonst eher deprimierenden Nachrichten aus dem »Heiligen Land«. Wer tiefer in die Materie einsteigen will, findet im Anhang des Buches als Zugabe eine englische Übersetzung des *revolutionären* 13. PA-Regierungsprogramms von 2009.

Das Buch schließt mit einer sehr interessanten Analyse der Trends, Methoden und Organisationen im Bereich des gewaltfreien Widerstands im palästinensischen Gebiet.

Allen, die einen Arbeitsaufenthalt in Israel oder Palästina planen, die sich beruflich oder privat mit dem Nahost-Konflikt beschäftigen oder die einfach nur ein gutes Geschenk für eine Nahost-interessierte FreundIn suchen, kann ich es wärmstens empfehlen – es erweitert den Horizont auch dann, wenn man lange im »Heiligen Land« gelebt hat.

Tim O. Petschulat,
Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

ANTJE NÖTZOLD:

Die Energiepolitik der EU und der VR China – Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit

Wiesbaden 2011

VS Verlag für Sozialwissenschaften, 396 Seiten

Die künftige Verteilung der globalen Energieproduktion wird uns aus unterschiedlichen Gründen noch beschäftigen. China ist heute schon der weltweit größte Energieverbraucher und liegt mit seinem Verbrauch noch vor den USA. Die Europäische Union ist mit Abstand der größte Energieimporteur der Welt, weit vor den USA und vor China. Die Wachstumsraten in China sind nicht nur im Verbrauch von Energie, sondern noch mehr beim Import dramatisch hoch, so hoch, dass die EU davon nicht nur aufgrund der daraus resultierenden Preissteigerung massiv betroffen ist. Es ist an der Zeit, dass das Thema einer sicheren und konfliktfreien Verteilung von Ressourcen im globalen Energiemarkt der Zukunft intensiver diskutiert wird – und dazu liefert das Buch von Antje Nötzold eine umfassende Basis. Sieht man von der Klimaproblematik ab, die mit der Energieversorgung eng verbunden ist, dann wird nichts den globalen Energiemarkt und die damit verbundene politische Balance so sehr verändern wie die Art und Höhe der Nachfrage der Schwellenländer, besonders die Chinas.

Zieht man in Betracht, dass für China gemäß dem »New Policy Scenario« der Internationalen Energieagentur (2010), das von einem Politikwandel in Richtung auf eine nachhaltige Versorgung ausgeht und in dem eine Steigerung seiner Nettoölimporte von 4,3 Millionen Barrel pro Tag (BpT) im Jahr 2009 auf 12,9 Millionen Bpt, also eine Verdreifachung prognostiziert wird – und andere Schwellenländer diesem Trend nacheifern werden –, bedenkt man andererseits, dass im selben Zeitraum der globale Produktionshöhepunkt bei Öl erwartet wird, dass also auf der Angebotsseite kein Spielraum für Wachstum, sondern nur noch

Umverteilungsoptionen bestehen, dann lässt sich daraus ermessen, welche Verteilungs- und Versorgungsprobleme auf uns zukommen. Im Erdgasbereich zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab, zumal Erdgas in viel größerem Maße als Öl per Pipeline über Land transportiert wird und daher in dem geographischen Dreieck aus kaspischer Region, Persischem Golf und Mittelmeer mit besonderen geopolitischen Aktivitäten zu rechnen sein wird.

Antje Nötzold hat in ihrem Buch mit großer Sorgfalt die Daten und Zusammenhänge zusammengetragen, die für eine tiefer gehende Debatte dieser Fragen und Probleme erforderlich sind. Wo steht China mit seiner Energieversorgung und -politik? Was lässt Chinas Entwicklung für die Zukunft erwarten? Wo steht die Europäische Union in Energieversorgung und -politik jetzt und in Zukunft? Und schließlich: Welche Handlungsnotwendigkeiten lassen sich aus beiden Untersuchungen und deren Interdependenzen ableiten und welche Optionen stehen zur Verfügung? Antje Nötzolds Darstellungen sind insbesondere deshalb verdienstvoll, weil bisher in der Regel Diskussionsbeiträge nur kleine Ausschnitte aus diesen Thematiken beitrugen und dabei viele Interdependenzen weitgehend ausgeschlossen blieben.

Die Autorin hat sich durch eine gewaltige Menge von statistischem Material, Regierungsdokumenten und Sekundärliteratur gearbeitet. Dies kommt nicht nur in 2500 Fußnoten zum Ausdruck. Die logische und detaillierte Gliederung ermöglicht es, das Buch bei Bedarf auch als Nachschlagewerk zu nutzen und dies sowohl hinsichtlich einzelner Textabschnitte als auch des statistischen Materials. Doch wer sich entschließt, das Buch ganz zu lesen, wird belohnt, weil er überraschend auf neue Erkenntnisse stößt. Für den Rezensenten überraschend und neu war zum Beispiel der Verweis, dass in China »seit der Jahrtausendwende […] die Unabhängigkeit und Macht der Ölunternehmen gegenüber Peking durch üppige Gewinne und ihre an internationalen Börsen gelisteten Tochterunternehmen beträchtlich zugenommen« hat (S. 182) oder das traurige Datum, dass im Durchschnitt in Chinas Kohlegruben täglich 15 Arbeiter durch Unfälle ihr Leben verlieren. Wenige derer, die sich mit Chinas Energiepolitik befassen, kennen die Vielzahl innerer Probleme, die für das Verständnis der chinesischen Energiepolitik von Relevanz sind. Und so gibt es auch im Kernbereich dieses Buches zur chinesischen und EU-Energieaußenpolitik eine Fülle von systematisch dargebotenen Details, die niemand präsent haben kann, wenn er sich nicht derselben Herkulesarbeit unterworfen hat wie die Autorin.

Eine wissenschaftliche Arbeit, die ein so großes Thema schultert, muss natürlich auch Grenzen setzen. Mancher Leser wird fragen, ob man diese nicht auch anders setzen könnte oder sollte. Die Gefahr beim Verrücken von Grenzen ist in der Regel die, dass das Projekt ausufert. Die in diesem Buch wohl auffälligste Grenze ist damit gesetzt, dass Nötzold die Frage ausklammert, ob unsere Energieversorgungsprobleme insbesondere hinsichtlich der Zukunftsprojektionen ganz anders aussehen würden, wenn es gelänge, eine zielführende globale Klimapolitik,

also eine wirksame Dekarbonisierung der Energieversorgung oder mindestens der daraus resultierenden Emissionen zu beschließen und umzusetzen. Das Klimaproblem wird in der Arbeit einerseits keineswegs negiert (Zielsetzungen wie das 20-20-20-Ziel der EU z. B. werden übernommen), doch andererseits werden dann recht apodiktisch Pflöcke eingeschlagen wie dieser: »Der Anteil fossiler Energieträger insgesamt wird von rund 80 Prozent bis 2030 leicht auf 77 Prozent sinken. […] Der nichtfossile Anteil wird dementsprechend nur leicht ansteigen« (S. 194). Dabei wird auf eine Quelle der EU-Kommission verwiesen. Oder: »Da der Ölverbrauch weltweit um jährlich ein Prozent wächst, werden 2030 voraussichtlich 105 Mio. Barrel Erdöl täglich verbraucht werden« (S. 35). Dies leitet zu der zweiten auffälligen Begrenzung der Arbeit über. Die Autorin nutzt bezüglich der Zukunftsprojektionen das zum Zeitpunkt ihrer Bearbeitung aktuellste Material, insbesondere das der Internationalen Energieagentur (IEA) und der EU-Kommission. Wir wissen aber, dass gerade die jährlichen Ausgaben des »World Energy Outlook« der IEA – häufig als die Bibel der Energiewirtschaft bezeichnet – in wichtigen Projektionen, etwa was die globale Ölproduktion im Jahr 2030 betrifft, Jahr für Jahr wesentlichen Veränderungen unterworfen sind, weil sie jeweils den neuesten Erkenntnisstand zum Zeitpunkt der Herausgabe des neuen Bandes widerspiegeln. So geht die IEA in dem »New Policy Scenario« inzwischen nur noch von einem Ölverbrauch 2030 von 97 Millionen Bpt (im Vergleich zu 83 Millionen Bpt in 2009) aus. Die IEA macht sich deshalb auch keine Prognosen, sondern Projektionen zu eigen und operiert mit zwei, inzwischen drei verschiedenen Szenarien je nach besserem oder schlechterem Gelingen einer an globaler Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik. Solche unterschiedlichen Entwicklungsströmungen werden in diesem Buch nicht diskutiert, dadurch kann es passieren, dass das Buch – wenn auch immer noch ein wertvolles Nachschlagewerk bezüglich der Geschichte der Energiepolitiken – in fünf Jahren nicht mehr die in die Zukunft gerichteten Überlegungen für strategische Ansätze repräsentiert.

Würden alle Optionen einer nachhaltigeren globalen Ressourcenpolitik in eine solche Arbeit einbezogen, so würde sie nicht nur den Umfang eines Buches, sondern vermutlich auch die Bereitschaft der Leser sprengen, all diese Verästelungen in der Lektüre nachzuvollziehen. Aus Sicht des Rezensenten sei jedoch vermerkt, dass der Wert dieses Buches ganz besonders in der Analyse liegt: Wo kommen wir her und wo stehen wir in der EU und in China? Was bedeutet dies für unsere strategischen Optionen? Wo werden wir im Jahr 2030 stehen? Damit ist eine wahrlich verdienstvolle Aufgabe gelöst worden.

Friedemann Müller,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

JOHN DARWIN:

Der imperiale Traum. Die Globalgeschichte großer Reiche 1400–2000

Frankfurt a. M. 2010

Campus Verlag, 544 Seiten

Der Prozess vom Auf- und Abstieg mächtiger Länder und deren imperialer Impuls wecken weiterhin Interesse. Allgemein faszinieren das Mächtespiel, die Verwicklungen der handelnden Personen und zuletzt Vergleiche und Lehrstücke vergangener Epochen in Hinblick auf die Entwicklung gegenwärtiger Gruppierungen. Aber auch theoretische Zugänge, etwa die zum Thema der Stabilität internationaler Beziehungen infolge hegemonialer oder imperialer Konstellationen, können mithilfe informierter und weitreichender Studien erörtert werden. Dabei kommt der Globalgeschichte eine besondere Bedeutung zu. Erst durch geografisch und zeitlich umfassend durchgeführte Beobachtungen wächst das Verständnis für die langfristigen historischen Folgen struktureller Bedingungen und individueller Entscheidungen. Wahrscheinlich ist in Europa erst mit dem Ende des Kalten Krieges endgültig die fixe Idee einer alles beherrschenden bipolaren Konstellation der Welt gewichen. Dies befördert auch hier die Nachfrage nach historischen Überblicken. Mehr und mehr realisieren wir die bunte, zerbrechliche, unübersichtliche und spannende Realität in den Weiten einer globalen Realität, die ohne Wissen um deren Geschichte unbegreiflich bliebe. Innere Orientierung gibt John Darwin mit seinem jüngsten Buch *Der imperiale Traum. Die Globalgeschichte großer Reiche 1400–2000*. Darwin schafft es meisterlich, die Varianten der gegenwärtigen Moderne mittels einer 600-jährigen Entwicklungsgeschichte sichtbarer zu machen. Der zeitliche Eintritt ist mit dem Tod des letzten zentralasiatischen Eroberers Timur gut gewählt, endet doch damit der letzte ernsthafte Versuch, Eurasien in seiner Gesamtheit zu beherrschen. Dieser Zeitenwechsel dokumentiert den machtpolitischen Übergang zu sesshaften Gesellschaften und die Ablösung des asiatischen Zentrums durch den »Fernen Osten« und den »Fernen Westen«. Über lange Strecken macht Darwin deutlich, wie gering der europäische Einfluss im Laufe der Jahrhunderte war. Fristete der europäische Raum doch zuerst nur ein Schattendasein, um sich später dann – eingebunden in den eurasischen Kontext – langsam vorantastend über seine Ränder hinaus in neue Gebiete vorzuschieben.

Ob dabei die Besetzung, Ausbeutung und Unterdrückung der Mittelmeer- und Atlantikinseln der Beginn der europäischen Kolonisierungsbewegung waren, thematisiert Darwin nur nebenbei. Dass aber Neuengland funktional ein Teil Europas war und die Flankierung durch das ebenfalls expansive Russland für den europäischen Vormarsch entlastend wirkte, ist offenkundig. Die Großfürsten in Moskau konnten nur überleben, weil sie sich auf das europäische System einließen und die Schwäche der Steppengesellschaften nutzten. Schließlich taten die Indus-

trialisierung und die Vielzahl neuer Erfindungen für eine kurzzeitige Vormachtstellung Europas ihr Übriges. Wenn es (wie im Falle Spaniens) gelang, andere Länder zu unterdrücken und auszubeuten, so war dies vor allem auf die Brüchigkeit der eroberten Reiche zurückzuführen. Neu-Spanien wurde kein direkter Teil des spanischen Königreichs, denn die Eroberung schuf neue, eigenständige ethnische und kulturelle Strukturen. Zweifellos waren die Folgen europäischer Brutalität stark prägend und das Bild der Kolonisation deutlich sichtbar, doch im Vergleich zum Einfluss Chinas oder dem der USA blieb die langfristige Durchdringung durch die europäische Expansion weitgehend äußerlich. Die Europäer blieben immer auf die Zusammenarbeit mit anderen, vor allem mit den jeweiligen örtlichen Eliten angewiesen.

In Eurasien bildete der Anspruch des Sultans auf politische und religiöse Macht die ideelle Klammer, die das Reich zusammenhielt – faktisch durchgesetzt mittels seines riesigen stehenden Heeres. Diese religiöse und politische Führerschaft, verkörpert in der Person des Sultans, sowie die Akzeptanz der islamischen Hochkultur, einschließlich der Anerkennung gemeinsamer Werte, formte aus einem großen Territorium das imperialistische osmanische Reich. Darwin geht sogar so weit, von einem »osmanischen Commonwealth« oder einem »Netzwerk islamischer Gemeinschaften« zu sprechen. Der langsame machtpolitische Abstieg des osmanischen Reiches war dann auch weniger auf die relative Stärke kleiner christlicher Länder in Südosteuropa oder am Mittelmeer zurückzuführen als vielmehr auf die fast 100-jährige Konfrontation mit dem safawidischen Iran und dem ausgreifenden Russland im 18. Jahrhundert. Die mongolische Herrschaft tat für die Expansion des Islam ihr Übriges. Babur und Akbar kopierten alte timuridische Traditionen, vielleicht auch, um in das ehemalige Zentrum zurückzukehren. Doch der Einfluss auf das indische Kernland war unübersehbar.

China war dagegen lange vor dem 15. Jahrhundert eine konsolidierte Einheit, sein Einfluss nur kurzfristig durch innenpolitische Krisen und dynastische Machtwechsel geschwächt. Das Land bot über einen langen Zeitraum politischen und kulturellen Zusammenhalt. Warum China nach 1400 auf technologischem Gebiet langsam den Vorsprung an Europa und die USA verlor, erklärt Darwin weniger mit dem Rückgang kultureller und wirtschaftlicher Erneuerungen als vielmehr mit der Effizienz vorindustriellen Wirtschaftens bis ins 19. Jahrhundert hinein. Danach war China nicht an Veränderungen interessiert, weil die eigene wirtschaftliche und technologische Substanz nachhaltig war. Der langfristige Erfolg schuf keinen Antrieb zur Erneuerung. Während sich im 16. Jahrhundert neue Strukturen und Bewegungen als Antrieb der Weltgeschichte herausbildeten, war das gesamte 17. Jahrhundert von einem nahezu perfekt austarierten Gleichgewicht zwischen den dominierenden Gesellschaften in Eurasien geprägt. Ein System des Wettbewerbs, der Kooperation und der Koexistenz war grundlegend für den weiteren Fortgang. Europa war mit sich selbst oder der Konsolidierung seiner Eroberungen beschäftigt. Die atlantische Handelswelt verharrte in der ge-

wohnten wirtschaftlichen Ordnung und die Weltwirtschaft wuchs nur langsam. Es waren vor allem die Seehandelsstaaten oder Hafenstädte, die als erste Macht, Reichtum und technisches Wissen anhäuften. Russland blieb ein Anhängsel des europäischen Raums, doch weder willfährig noch abwartend. De facto hatte der Aufstieg des Moskowiter Reichs für Europa unschätzbare Vorteile: Es unterstützt die Sicherung der europäischen Vorherrschaft über Eurasien im 19. Jahrhundert, half bei der Einkreisung der islamischen Welt und hatte seinen Anteil an der Schwächung Chinas in Ostasien. Zweifellos war es auch Russland, das den Aufstieg einer einzigen dominierenden europäischen Macht behinderte.
Aber auch Ostasien erneuerte sich nach 1620. Die verschiedenen Kulturen stärkten sich, um Ende des 18. Jahrhunderts besser der europäischen Expansion zu begegnen. Die islamischen Reiche, vor allem der Aufstieg des mongolischen Reiches, waren ebenfalls Teil der frühneuzeitlichen Weltgeschichte. Erst das spätere Entstehen eines hinduistischen Landadels, die Wiederkehr der iranischen Herausforderung und die Einfallstore über den küstennahen indischen Handel schafften jene Instabilität, die später Briten und andere Invasoren nutzen konnten. Hier erlangte Europa seine kurzzeitige Vorherrschaft über ganz Eurasien nicht allein wegen seines wirtschaftlichen Erfolgs infolge der Industrialisierung und Technisierung, sondern weil es sich den Zugang zu einer Reihe von Ländern und Märkten erzwang, gewaltsame Umstürze anzettelte und die machtpolitischen Verschiebungen in dieser Hemisphäre auszunutzen wusste. Sicherlich half dabei die Erkenntnis, dass man Märkte und andere Gesellschaften radikal verändern konnte. Eine Faszination für Raum, Zeit und Wissen war das Merkmal für die Bewegung in eine »neue Welt«. Gleichzeitig war es auf dem Wiener Kongress gelungen, einen innereuropäischen Mächteausgleich zu schaffen, der eine politische Außenorientierung erst möglich machte.

Die folgende fast 150-jährige europäische Dominanz ging nicht schlagartig zu Ende. Doch spätestens nach dem Ersten Weltkrieg 1918 war der Zerfall des europäisch dominierten Weltsystems offenkundig. Die USA waren nicht nur militärisch in den Ersten Weltkrieg eingetreten, sie finanzierten vor allem den militärischen Widerstand gegen die expansionistischen Mittelmächte und deren Führungsmacht, das Deutsche Kaiserreich. Gleiches fand im Zweiten Weltkrieg seine Entsprechung – und letztlich war es dieser erste umfassende eurasische Krieg, der die neuzeitliche Krise der Welt offenbarte. An dessen Ende standen die endgültige Dominanz der USA, die Entkolonialisierung, das Entstehen eines sowjetischen Imperiums und das Aufleuchten eines sich konsolidierenden Chinas. Europa spielte nur noch eine eher unerhebliche Rolle, doch diese reichte aus, um im Nahen und Mittleren Osten verheerende Fehler zu begehen, wie es z. B. am Auftreten der Briten zu erkennen ist. Warum gerade ein britischer Ex-Premier wie Tony Blair, der die Rückkehr kolonialer Ängste in die Region mitzuverantworten hat, als Beauftragter des Nahost-Quartetts die friedliche Neuordnung der Region befördern soll, bleibt das Geheimnis der damaligen Entscheidungsträger.

Bei der Lektüre des Buches wird auch deutlich, dass es für den Aufstieg und Untergang von Weltmächten keine Blaupausen gibt. Dies gilt insbesondere für den Aufstieg Chinas im kommenden Jahrhundert. Das Land steht dabei vor riesigen Herausforderungen. Die Herkulesaufgabe, diesen Aufstieg zu managen und dabei 1,3 Milliarden Menschen ohne größere innere Unruhen oder Verwerfungen wirtschaftliche und soziale Sicherheit zu bieten, ist in der Geschichte der Globalreiche ohne Beispiel. John Darwin ist ein glänzendes Standardwerk zur Geschichte der eurasischen Weltreiche gelungen. Sein Buch bietet Lehr- und Lernstücke, die es künftig zu beachten gilt.

Rolf Mützenich,
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

SANDRA KRAFT:

Vom Hörsaal auf die Anklagebank – Die 68er und das Establishment in Deutschland und den USA

Frankfurt/New York 2010

Campus Verlag, 435 Seiten

Mehr als 40 Jahre nach den 1968er-Revolten schien es, als wären die wichtigsten Aspekte aufgearbeitet, alle großen Debatten geführt, Zeitzeugen wie Daniel Cohn-Bendit oder Rainer Langhans ausreichend zu Wort gekommen und selbst die internationale Dimension des Themas hinreichend analysiert worden. 2008 erschienen anlässlich des Jubiläumsjahres zahlreiche neue Werke oder Neuauflagen wie etwa der Rückblick von Götz Aly und die Werke von Wolfgang Kraushaar oder Norbert Frei. Zahlreiche Forschungsprojekte, wie »Confronting Cold War Conformity, Peace and Protest Cultures in Europe, 1945–1989« (www.protest-research.eu), setzten sich mit den internationalen Aspekten des Themas auseinander. Auch medial wurde '68 in den letzten Jahren vermehrt Raum gegeben. Neben zahlreichen Dokumentationen und Sonderberichten wurden einige neue Filme gedreht, etwa der von Bernd Eichinger produzierte Film *Der Baader Meinhof Komplex*. Dieser basiert zum großen Teil auf dem von dem ehemaligen Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust 1985 verfassten gleichnamigen Werk und versuchte, einer breiten Öffentlichkeit und jungen Generation das Thema noch einmal nahezubringen. Zudem ist wohl kaum eine Periode der Zeitgeschichte von einer solchen Fülle an verfügbarem Quellenmaterial geprägt wie gerade die 1960er Jahre. Dazu kommt eine wahre Flut autobiographischer Darstellungen ehemaliger Aktivisten und anderer Zeitzeugen dieser Epoche.

Das Interesse am Gegenstand ist nichtsdestoweniger ungebrochen, was vor allem einem Umstand geschuldet ist: Diskussionen über Demokratie und Freiheit, Vergangenheit, Emanzipation und Terrorismus in dieser für die Nach-

kriegszeit so entscheidenden Phase werden nie emotionslos geführt. Abhängig von der politischen Stimmungslage wird »68« zudem von konservativen und liberalen Kritikern ebenso instrumentalisiert wie von den Alt-68ern selbst.

Eine Ausnahme bildet die nun als Buch erschienene Dissertation der Historikerin Sandra Kraft. Zwar ist ihre vergleichende Perspektive zwischen den USA und Deutschland zur Untersuchung der 68er zunächst nicht überraschend oder gänzlich neu. Doch tatsächlich ist *Vom Hörsaal auf die Anklagebank – Die 68er und das Establishment in Deutschland und den USA* nicht nur in seiner analytischen Klarheit beeindruckend, sondern stößt eine wichtige und längst überfällige Debatte über das Zusammenwirken von staatlicher Autorität und Radikalisierung der Studentenbewegung in unaufgeregter und an den Fakten orientierter Weise an. Die Autorin untersucht eine Entwicklung, die durch die Wechselwirkung zwischen dem *Akteur* 68er-Protestbewegung einerseits und der *Institution* Staat andererseits geprägt ist. Zunächst hinterfragt sie die Definition von »Staat« im Kontext der 68er-Bewegung. Für sie umfasst der Widerstand der Studenten einen sehr viel weiter gefassten Begriff des Verständnisses von *Staat*. Mit »Establishment« findet sie eine treffende Bezeichnung dessen, was die 68er insgesamt infrage stellten. Kulturell gehörten zum Establishment aus Sicht der Studenten jene, die sich dem herrschenden System angepasst und mit den Konventionen arrangiert hatten. Dies waren die politischen und gesellschaftlichen Eliten, politischen Machthaber (und ihre Beamten), Teile der etablierten Presse und die traditionelle Professorenschaft. Kraft belegt anhand ihrer Fallstudien in den USA und Deutschland, dass nicht allein gegen den Staat aufbegehrt wurde, sondern auch gegen andere Formen von Autorität wie etwa Universität oder Justiz. Sie weicht darin von dem staatszentrierten Erklärungsmodell ab, das lange die Analyse der 68er-Thematik prägte. Damit entkräftet sie die These, dass die Gründe für die fortschreitende Radikalisierung der Studenten und ihrer Unterstützer vornehmlich in dem immer autoritärer auftretenden Staatsapparat zu suchen seien. Sie deutet stattdessen auf einen dynamischen, von sehr unterschiedlichen Faktoren geprägten Prozess hin.

Kraft spannt einen weiten Bogen von den Ursprüngen der Proteste Mitte der 1960er Jahre auf den Straßen und Universitäten in den USA und Deutschland über die Situation an den Hochschulen bis hin zur Auseinandersetzung vor Gericht 1968. Sie greift auf umfangreiches Quellenmaterial in den USA und Deutschland zurück und schließt da, wo kein Zugriff auf Primärdokumente möglich war, die Lücken mit einer Auswertung zahlreicher Presseartikel. Kraft analysiert die Motive, die hinter diesen Protesten standen, und wie die Entwicklungen in den USA sehr genau von den deutschen bzw. europäischen Aktivisten beobachtet wurden. Sie zeichnet damit das Bild von zwei unterschiedlichen Gesellschaften im Umbruch, deren Autoritäten zunächst hilflos auf die Frustration und unterschiedlichen und fantasievollen Formen des Protests dieser Generation reagierten, dabei aber zunehmend autoritärer und kompromissloser wurden. Gleichzeitig nutzten die Pro-

testler ihre Formen des Widerstands, um eine weitere Stufe der Eskalation zu befördern. Viele von ihnen waren durchaus bereit, Gewalt als legitimes Mittel des Protests mit einzuschließen. Diese unheilvolle Wechselwirkung wird besonders erkennbar an der Interaktion von Polizei und Studenten bei den Straßenschlachten in Berlin und Chicago. Zudem wird in Krafts Darstellung deutlich, wie eng miteinander verwoben die Protestbewegungen trotz ihrer nationalen Besonderheiten waren. Trotzdem gab es wichtige kulturelle Unterschiede, die auch den Charakter der Bewegungen bestimmten. Für die deutsche 68er-Protestbewegung war das Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit prägend, während in den USA Vietnamkrieg und Bürgerrechtsbewegung im Vordergrund standen. Gleichzeitig zeigt sich, wie wenig Raum für einen anderen Umgang mit dieser Art des Widerstands gelassen wurde und wie gering die Bereitschaft für Kompromisse seitens der beteiligten Akteure war. Der Schwerpunkt des Handelns lag auf beiden Seiten zunehmend auf einer immer stärkeren, auch gewaltsamen Konfrontation.

Besonders gelungen ist Krafts Darstellung und Analyse der Gerichtsverhandlungen, vor allem ihr Vergleich der unterschiedlichen Prozessmilieus in ihrem jeweiligen kulturellen Kontext. Mit ihrer Konzentration auf die Akteure, also die Aktivisten und Unterstützer der Bewegung, die jeweils in den USA und Deutschland vergleichbare Stufen der Radikalisierung durchliefen, und auf die Institutionen oder das Establishment, die in ebenso unnachgiebiger Konsequenz zur weiteren Zuspitzung der Konflikte beitrugen, gelingt es der Autorin, durch die Auswertung zahlreicher, teilweise bisher kaum genutzter Quellen ein präzises Bild dieser Dynamik zu entwerfen. So ist die Publikation eine spannend zu lesende Darstellung nicht allein der historischen Dimension des Themas, sondern auch ein wichtiger Beitrag in der aktuellen politischen Debatte um »68« und die Folgen.

Nicole Renvert,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Literatur

Aly, Götz (2008): *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*. Frankfurt: S. Fischer.

Aust, Stephan (1985): *Der Baader-Meinhof-Komplex*. München: Goldmann.

Frei, Norbert (2008): *Jugendrevolte und globaler Protest*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Gilcher-Holtey, Ingrid (2008): *Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA*, 4. Aufl. München: C.H. Beck.

Kraushaar, Wolfgang (2008): *Achtundundsechzig: Eine Bilanz*. Berlin: Propyläen.

KURT WEYLAND / RAÚL L. MADRID / WENDY HUNTER (Hrsg):
Leftist Governments in Latin America: Successes and Shortcomings
Cambridge 2010
Cambridge University Press 2010, 232 Seiten

Der Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 löste in einer Vielzahl lateinamerikanischer Länder eine politische Welle aus, die Linksregierungen an die Macht hob. Ein gutes Jahrzehnt danach haben sich Kurt Weyland, Raúl L. Madrid und Wendy Hunter – alle drei Politikwissenschaftler an der University of Texas in Austin – die Aufgabe gestellt, eine Zwischenbilanz zu ziehen: Was hat die Linke richtig gemacht? Wo ist sie an ihre Grenzen gekommen? Welche der unterschiedlichen Zugänge waren erfolgreich, welche weniger?

Die Autoren betonen in ihren Analysen zunächst die gemeinsame Herausforderung, die sie gleichsam definitorisch für den Linksbegriff ansehen: das Streben nach strukturellen Veränderungen, um die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit besser zu befriedigen und ihr zu mehr sozialer Partizipation und politischem Protagonismus zu verhelfen. Das historische Paradigma des bewaffneten Guerillakampfes ist – auch dies eine Gemeinsamkeit der neuen Linken Lateinamerikas – der Einsicht gewichen, dass linke transformative Projekte nur über den Modus allgemeiner Wahlen zu erreichen sind. Gleichzeitig aber – und hier setzt das Buch von Weyland, Madrid und Hunter an – trifft jeder Versuch eines grundlegenden Umbaus der Gesellschaft auf Widerstände, Sachzwänge und Gegner. Wie Regierungen mit diesen »constraints« umgehen, welche Politiken sie entwickeln und welche Erfolge sie damit haben, sind die zentralen Leitfragen der Autoren.

Den Aufschlag macht ein bemerkenswerter Aufsatz von Kurt Weyland über die konzeptionellen und theoretischen Fragen, die sich bei Analyse und Einschätzung der lateinamerikanischen Linksregierungen stellen. Es folgen Länderstudien ausgewiesener Experten zu Venezuela, Bolivien, Chile und Brasilien, bevor die Herausgeber in einem abschließenden Essay Bilanz ziehen.

Trotz vielfältiger Angebote für komplexere Kategorien führt die Fokussierung des Bandes auf Politikinhalte und -leistungen (»policies« und »performance«) dazu, dass er die Linksregierungen entlang eines eingängigen Kontinuums von moderat bis konfliktiv (»contestatory«) ordnet. Das Label »radikal« vermeiden die Autoren dabei explizit, um die historischen Proportionen zu wahren; denn auch die konfliktivsten der gegenwärtigen Regierungen, so Weyland, sind deutlich weniger umstürzlerisch als die auf revolutionäre Gewalt setzende lateinamerikanische Linke der Vergangenheit.

Die Auswahl der von ausgewiesenen Experten verfassten Länderstudien lässt sich dann auch klar den beiden Polen zuordnen: Den zwei Vorzeigeländern der Moderaten – Chile unter der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierungen und Brasilien zu den beiden Amtszeiten Lulas – stehen die zwei prominentesten

Exponenten eines konfliktiveren Ansatzes gegenüber, allen voran das Venezuela Hugo Chávez' sowie Bolivien unter Evo Morales.

Für Venezuela betont Javier Corrales das Spannungsfeld zwischen neuer Politik und alter Ökonomie: die Etablierung eines als revolutionär bezeichneten politischen Überbaus auf der Basis einer Rentenökonomie, die auf Gedeih und Verderb von den Schwankungen der Erdöleinnahmen abhängig ist. Weylands einleitender Aufsatz hatte das linke Spannungsfeld zwischen sozialer Vertiefung der Demokratie einerseits und der Erosion pluralistischer Werte und liberaler Bürgerrechte andererseits benannt; Corrales lässt keinen Zweifel daran, wie sehr er in Venezuela die zweite Ebene überwiegen sieht: die Militarisierung der Regierung, die kaum gebremste Ausweitung präsidentieller Macht, die systematischen Schikanen gegen die Opposition und kritische Medien.

Weniger eindeutig fällt das Urteil von George Gray Molina in seiner Analyse Boliviens aus. Zweifelsohne sei mit Evo Morales eine Agenda progressiven sozialen Wandels verbunden gewesen. Seine Wahl habe gerade bei den zuvor Ausgeschlossenen neues Vertrauen in Demokratie als wünschenswerte Regierungsform gestärkt. Gleichzeitig bleibt jedoch unklar, auf welcher Basis die substanziellen Transfers zugunsten der Armen langfristig tragfähig sein können und in welchem Maße mit der zugespitzten politischen Polarisierung die Aushöhlung demokratischer Institutionalität und eines effektiven politischen Pluralismus einhergeht.

Im Fall Chiles hingegen ist, so Evelyne Huber, Jennifer Pribble und John Stephens in ihrer Analyse, gerade die Erfahrung der mörderischen Polarisierung der Pinochet-Zeit konstitutiv für das moderate Auftreten der links geführten Koalitionsregierungen zunächst unter Ricardo Lagos und in der Folge unter Michelle Bachelet. Trotz marktfreundlicher und auf Aussöhnung bedachter Strategie konnten substanzielle Sozialprogramme so verankert werden, dass sie auch auf Dauer Bestand haben sollten. Gleichzeitig aber musste eine solche Politik, so die Autoren, die tiefe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen praktisch unangetastet lassen.

Gleich zwei Beiträge widmen sich Brasilien. Peter Kingstone und Aldo Ponce beschreiben die beiden Amtszeiten Lulas als Triumph des Pragmatismus. Dies umfasst eine von Teilen der Linken als Verrat erlebte politische Anpassung Lulas (und der von ihm geführten Arbeiterpartei PT) an Koalitionsgeschacher und Pfründe-Logik. Doch gerade diese Normalisierung war, argumentieren die Autoren, die Basis für eine Wirtschaftspolitik, die Brasilien beispiellose Stabilität, Wachstum und soziale Ausgleichsprogramme bescherte. Diese ökonomischen Erfolge sicherten ihrerseits Lula Wiederwahl und dauerhafte Popularität – sowie, wäre hinzuzufügen, 2010 auch den Wahlsieg seiner designierten Nachfolgerin Dilma Rousseff.

Der anschließende Beitrag von Pedro Luiz Barros Silva, José Carlos de Souza Braga und Vera Lúcia Cabral Costa vertieft die Analyse. Er bleibt dabei skeptisch,

inwieweit die auch international so gefeierten wirtschaftlichen und sozialen Erfolge in eine Entwicklungsdynamik münden, die die ewigen Strukturprobleme des Landes und insbesondere die tiefen sozialen Verwerfungen tatsächlich dauerhaft überwinden kann.

Das Schlusskapitel weitet den Blick aus auf andere Linksregierungen Lateinamerikas jenseits der vier ausführlich dargestellten, typus-bildenden Fälle. Es bezieht insbesondere das linksperonistisch regierte Argentinien unter zunächst Néstor Kirchner und dann seiner Ehefrau Cristina Férnandez de Kirchner, Ecuador unter Rafael Correa, Nicaragua seit dem Comeback des Revolutionscomandante Daniel Ortega sowie die vom Linksbündnis Frente Amplio getragenen Regierung von Tabaré Vázquez in Uruguay in die vergleichende Analyse ein. Während die linksperonistischen Kirchner-Regierungen in vielem quer zu der Moderat-versus-konfliktiv-Einordnung liegt, sehen die Autoren in den anderen drei Fällen ihre Bilanz bestätigt, dass Performance und Politikleistung der moderaten (Vázquez) solider sind als die der radikaleren (Correa, Ortega) Linken.

Die Herangehensweise der Autoren hat den Vorteil, dass ihre Dichotomie der Pole moderat versus konfliktiv zwei unterschiedliche *Typen* linken Regierens mit klaren Konturen herausarbeiten kann. Dies darf jedoch nicht zu schematisch interpretiert werden; die spezifischen Charakteristika eines jeden Prozesses bleiben entscheidend, eine differenzierte Sichtweise nötig. In einem Land wie Bolivien, in dem die indigene Bevölkerungsmehrheit von einer wortwörtlich Jahrhunderte alten Erfahrung von Diskriminierung und Ausschluss geprägt ist, ist ihre Integration in den politischen Prozess und ihre auch symbolische Aufwertung von anderer Bedeutung als etwa Chávez' charismatische Mobilisierung der Massen in Venezuela. Schließlich sind moderat und *konfliktiv* auch nicht einfache Politikentscheidungen, die eine Regierung nach Belieben auf- oder abdrehen kann wie einen Wasserhahn, sondern immer auch abhängig von den konkreten Bedingungen: In Chile etwa gab es praktisch keinen politischen Spielraum für eine konfrontativere Politik; in Bolivien hingegen gab es nach der gesellschaftlichen Dynamik während der Regierungszeit von Sánchez de Losada keine tragfähige Grundlage mehr für ein graduell gemäßigtes Projekt, wie die kurzlebige Amtszeit von Carlos Mesa zeigte.

Auch wenn die Autoren nie verhehlen, dass sie die sozialdemokratischen Reformprojekte den konfliktiveren Ansätzen vorziehen, bietet der Band eine Zwischenbilanz der Linksregierungen in Lateinamerika, die nicht als Glaubensbekenntnis daherkommt, sondern diese an Politikinhalten und Zielerreichung misst. Im Einzelnen wird man da vieles diskutieren können. Doch gerade für diese Debatte bietet das von Weyland, Madrid und Hunter vorgelegte Buch einen hervorragenden Einstieg.

Bert Hoffmann,
German Institute for Global and Area Studies (GIGA), Hamburg